



Niederschrift

20. Plenarsitzung des Gemeinderates
26. Januar 2021, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

7.

Punkt 5 der Tagesordnung: Grundsatzbeschluss zur nachhaltigen Modernisierung städtischer Gebäude

Vorlage: 2020/1293

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt den Grundsatzbeschluss zur nachhaltigen Modernisierung städtischer Gebäude nach Vorberatung im Bauausschuss, Ausschuss für Umwelt und Gesundheit und Hauptausschuss zur Kenntnis und stimmt der vorgeschlagenen Vorgehensweise wie in Punkt 4 beschrieben zu.

Abstimmungsergebnis:

Bei 42 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich zugestimmt

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 5 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgten Vorberatungen im Bauausschuss, Ausschuss für Umwelt und Gesundheit und im Hauptausschuss.

Bürgermeister Fluhrer: Die Vorlage kommt ja so ein bisschen unpräzise vielleicht daher, aber es steckt bei uns sehr viel Diskussion und Hirschmalz und Kompetenz auch in dieser Vorlage, weil wir natürlich ein großes Budget von Ihnen hier mit dieser Vorlage verbinden. Investitionen in die Zukunft sind zum Glück keine konsumtiefen Ausgaben, sondern investive. Das heißt, das, was man hier an Geld in die Gebäudesanierung stecken muss, ist natürlich gut angelegtes Geld. Wir haben in Karlsruhe rund 1.200 Gebäude, davon jetzt 460 etwa, die eine gewisse Größenordnung haben, die dann relevant wird und die auch hier betrachtet sind. Und wie Sie wissen, sind 65 Prozent etwa dieser größeren Gebäude aus dem Baujahr 1950 bis 1970. All die bisherigen Teilerneuerungsschritte, die wir durchgeführt haben, also mal Fenster austauschen, mal Technik ausstatten, mal Heizkörper erneuern, kommen an ein Lebenszyklusende bei diesen Gebäuden. Wir merken es am Bauunterhalt. Sie wissen, dass das Budget seit 10 Jahren von rund 18 Millionen auf das Doppelte, also im Moment sind wir bei 32 Millionen, hochgegangen ist.

Das heißt, es zeigt sich an, dass wir jetzt einen Paradigmenwechsel einleiten müssen und dass sozusagen ein weiter kleinteiliges Erneuern nicht mehr geht. Dazu gibt es neue Rahmenbedingungen, beispielsweise vom Brandschutz, neue Energievorschriften, unser Beitrag zum Klimaschutz aber auch veränderte Nutzerbedarfe, die da alle mit reinspielen. Das heißt, es steht ein großer Investitionsbedarf an.

Und deshalb war es uns wichtig, Ihnen mit dieser Vorlage auch eine Gesamtlangfriststrategie vorzulegen. Es ist nicht so zu verstehen, dass es nicht änderbar ist im Detail und dass wir nicht pragmatische Zwischenschritte einziehen können. Aber wichtig war eben, auch zu zeigen, dass auch das ganze HGW mit Professionalität und Leidenschaft dahinter her ist, dass man eine Gesamtstrategie grundsätzlich geht und dass Sie dann auch wissen, dass wir versuchen wollen, in einen Gesamtzyklus zu kommen mit dieser Erneuerungsstrategie.

Wir werden Ihnen bei der nächsten Haushaltsdebatte auch schon eine Struktur darlegen, wo Sie zu den ganzen Gebäuden eine gewisse Grundstrukturübersicht bekommen, wo Bewertungen wie die Gebäudehülle, die technische Ausstattung bis zu den Nutzerbewertungen alles mal dargelegt ist. Denn daraus können wir weitere Grundsätze ableiten, die hier hinterlegt sind.

Zum einen schlagen wir vor, dass wir zukünftig ganzheitlich versuchen, an die Gebäude zu gehen. Also nicht, sozusagen eine Schule über 20 Jahre in der Dauersanierung zu unterhalten, sondern dass wir sagen, wir gehen lieber mal richtig intensiv an ein Gebäude ran und werden die Nutzer ausquartieren. Dazu gibt es dann auch Konzepte und Überlegungen, mit denen es gelingt, sozusagen einen großen Sprung in der Erneuerung zu machen und diese ganzen Gebäude in einen gewissen Zyklus zu überführen, dass das dann in Zukunft dauerhaft möglich ist.

Dazu denken wir, dass wir nicht jedes Gebäude neu überlegen und diskutieren sollten, sondern dass man eine gewisse Typisierung, Systementwicklung – soweit es in der Sanierung geht – anwendet und dass wir uns über Standards vereinbaren. Dass nicht sozusagen jede Schule eine eigene grundsätzliche Diskussion gibt. Sondern dass wir einfach sagen, Schulerneuerungen haben den und den Ausbaustandard und den ziehen wir quasi durch. Das muss nicht so weit gehen, dass der Boden überall gleich ist, aber dass man so eine gewisse Grundmodellierung hat, sodass die Projekte schneller und zügiger und kosteneffizienter abgewickelt werden können. Wir wollen natürlich auch hier beispielgebend recycelbaren Materialien nutzen, dass, das, was wir jetzt investieren und einbauen, dauerhaft nutzbar ist und dass es, wenn man es nicht mehr braucht, erneuerbar ist. Auch die ganzen Schadstoffe, die zum Teil in den Gebäuden dieser, vor allem der 70er Jahre, schlummern, in den Fugen usw., wollen wir in diesem Zuge ausbauen und sanieren.

Wir haben etwa 80 Prozent der beheizten Gebäude dieser 460 im Fokus, in diesem Plan. Das sind rund 370, auf die sich diese Vorlage konkret bezieht. Das wollen wir Ihnen in vier Tranchen vorschlagen, immer so in einem Fünf-Jahres-Rhythmus etwa, dass wir auch entsprechend Personal einteilen können und Planungsschritte rechtzeitig angehen oder überlegen können und vorplanen. Wir leisten dann einen Beitrag zu fast 90 Prozent des CO₂-Footprints in dieser Zeit für die Stadt. Sie wissen, dass die Energie für die Gebäude, die Wärme vor allem, ein großer Footprint für Karlsruhe darstellt und rund 60 Prozent wird über die Schulen imitiert, 10 Prozent über die kulturellen Bauten, 10 Prozent über Verwaltungsbauten und 10 Prozent etwa über unsere Hallen.

Insofern gehen Sie davon aus, dass, wenn Sie uns hier den Grundsatzbeschluss freigeben, Ihnen dann weitere Teilmodernisierungsprogramme für diese einzelnen Segmente, Schulbauten, Sozialbauten, Kulturbauten, Verwaltungsflächen vorgelegt werden und wir Ihnen dann auch entsprechendes Personal und Budget entsprechend runterbrechen. Sie sehen, dass wir auf einem Zielpfad sind, was die großen Ziele, die wir uns vorgenommen haben, sowohl was klimaneutrale Verwaltung 2040 anbelangt als auch den Sanierungsstau, der einhergeht mit diesem Baualter. Wir können Ihnen sozusagen sichtbar vor Augen führen, wie wir diese Probleme lösen, und zwar sehr strukturiert und ganzheitlich gedacht. Insofern möchte ich mich auch bedanken bei der Arbeit des Teams. Hier ist viel Knowhow vom Fachamt eingeflossen, und das haben Sie jetzt zur Entscheidung vorliegen.

Stadtrat Dr. Cremer (GRÜNE): Wir GRÜNE begrüßen diesen Vorschlag eines Grundsatzbeschlusses für eine nachhaltige Modernisierung städtischer Gebäude. Und ich möchte mich ausdrücklich bei der Verwaltung und beim Amt für Hochbau- und Gebäudewirtschaft, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dort, für diese Vorlage bedanken.

Wir sind zwar nicht mit jedem Detail der Vorlage einverstanden, dies halten wir jedoch für wenig kritisch. Es handelt sich hier um einen Grundsatzbeschluss, der klar in die richtige Richtung weist. Der Klimaschutz ist aus unserer Sicht der wichtigste Grund für diese Strategie. Wir müssen unseren Beitrag zum Klimaschutz leisten. Dabei werden wir uns nicht dahinter verschanzen, dass andere möglicherweise gar weniger tun. Wenn Kommunen in einem so wohlhabenden Land wie Deutschland in einem so wohlhabenden Bundesland wie Baden-Württemberg nicht vorbildhaft vorgehen, warum sollten Menschen in weniger wohlhabenden Regionen dann Klimaschutz betreiben?

Es ist damit richtig und konsequent, dass wir den Gebäudebestand systematisch auf Grundlage einer klaren Strategie zu einer klimaneutralen Bewirtschaftung führen. Wir halten es für sinnvoll, die Praxis dieser Teilsanierungen abzulösen. Damit haben wir einen Flickenteppich produziert, und wir werden in Zukunft hohe Kosten vermeiden, weil wir viele kleinteilige, sich wiederholende Planungen vermeiden. Denn solche hohen Kosten können wir uns in Zukunft umso weniger leisten. Die Haushaltslage verschlechtert sich, nicht zuletzt durch Corona und wir haben die Herausforderungen aus dem Klimaschutz zu stemmen. Daher sind Effizienzgewinne aus der Modernisierungsstrategie dringend notwendig. Die Verwaltung sieht vor, diese Sanierung in fünf Tranchen zu organisieren, die vom Doppelhaushalt 2024/2025 bis zum Doppelhaushalt 50/51 reichen soll. Diesen Zeitplan sehen wir kritisch, weil wir Klimaneutralität bis 2040 erreicht haben müssen und wollen.

Wir werden also die Ausarbeitung der Strategie aufmerksam begleiten, um sicherzustellen, dass das Ziel Klimaneutralität mit der Modernisierungsstrategie zeitgerecht erreicht werden kann. Dabei achten wir auch, dass Klimaneutralität wirklich bedeutet, keine Emissionen mehr mit den Gebäuden zu verursachen. Mögliche, kaum vermeidbare Emissionen liegen in anderen Sektoren wie der Landwirtschaft und müssen der vorbehalten werden.

Eine Anmerkung möchte ich noch zur Finanzierung machen. Wir werden deutlich mehr an investiven Mitteln benötigen, als in der Vergangenheit. Die 60 Millionen, die wir 2019 hatten, werden nicht mehr ausreichen.

Wir werden also mit der Modernisierungsstrategie einen großen Berg abarbeiten. Dabei sollten wir uns nicht Bange machen lassen, dass die Investitionen nicht finanzierbar sein könnten. Wir sehen, welche Herausforderungen die Stadt Karlsruhe in den Jahren 1950 bis 1980 gestemmt hat, als der größte Aufbau der Gebäude stattfand. Damals hat man auch nicht den Kopf in den Sand gesteckt, sondern ist die Herausforderung angegangen. Das sollten wir auch tun.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): In der Tat kommt da was ganz Unpräzises, weil es nämlich aus Sicht der CDU-Fraktion schon einen Paradigmenwechsel darstellt, den wir allerdings in aller Breite unterstützen. Das ist die richtige Denkweise, an diese Dinge heranzugehen. Wir sind also grundsätzlich sehr positiv hier eingestimmt und begrüßen diese Vorlage. Wichtig ist, das haben wir eigentlich immer wieder gesagt, dass wir eine Bestandsaufnahme und eine Bewertung des Gebäudebestandes erst mal vorschalten und danach abschließend abwägen, Modernisierung oder Neubau. Solche grundsätzlichen Entscheidungen dann durch eine Typisierung der Bauwerke zu erreichen, das ist dann die nächste Frage, die Sie uns dann vorstellen und beantworten können. Jedenfalls ist das Wesentliche der Vorlage, dass Sie von einer Leistungsfähigkeit der Stadt ausgehen und diese nicht überziehen wollen. Das ist möglicherweise der einzige Unterschied, der uns im Moment von den GRÜNEN trennt. Wir haben die Leistungsfähigkeit im Blick und wollen deswegen die richtige Reihenfolge.

Was die Baustandards angeht, lesen wir eben in dieser Vorlage erstmals, dass man versucht, gewisse Standardisierungen zu erreichen, dass man aber auch nicht jeden Standard, der heute in Standardtechnik möglich ist, umsetzen muss, weil das bekanntlich eben Kostentreiber sind. Das heißt, also, wir sind durchaus mit dabei, wenn Anforderungen insoweit zumutbar reduziert werden. Kostenersparnisse und bester Klimaeffekt durch Sanierungsreihenfolge, das ist selbstverständlich. Das ist genau das, was wir eigentlich auch mit einem Antrag vor ein paar Monaten erreichen wollten, in der Denkweise. Wir müssen mit dem Geld das meiste an Effekten erzielen. Und da kann ich nur zusteuern und sagen, Energieschleudern in unserem Gebäudebestand müssen halt zuerst angegangen werden. Vielleicht auch mal Mehrfachnutzung von Provisorien. Auch das finden wir absolut wichtig in der Vorlage.

Wir haben auch ein paar Bedenken, was die Haushaltsabwicklung nachher angeht. Wir werden sicher nicht den Haushalt weiter aufblähen können. Aber wenn Geld besser eingesetzt werden kann, indem man es richtig einsetzt, dann wäre das schon ein Gewinn. Aber dann werden wir die Haushaltspraxis der nächsten Doppelhaushalte abwarten, wie das nachher finanzierungstechnisch aussieht.

Ich glaube auch nicht, dass der Klimaschutz der wesentliche Treiber ist, sondern der effektive Mitteleinsatz, und das ist eigentlich ein ethisches Gebot. Auch die CDU-Fraktion bedankt sich für diese umfangreiche, fachlich fundierte Vorlage.

Stadtrat Zeh (SPD): Ja, die Vision, die Herr Fluhrer entwickelt hat, hört sich zunächst mal überzeugend und gut an. Sicherlich ist eine komplette Gebäudebetrachtung von Vorteil, dass man hier nicht im Kleinen und Einzelsanierungen macht.

Aber, ich erinnere dran, dass die SPD schon lange darauf drängt, überhaupt eine Gebäudebestandsübersicht zu haben. Eigentlich hatten wir das auch z. B. beim Haushaltsstabilisierungsprozess. Ich erinnere, wie lange jetzt das Weißbuch Schule, um nur mal die Schulgebäude zu erfassen, gedauert hat und es ist uns immer noch nicht ganz vorgestellt. Es ist nur ein Teilfaden.

Es gibt für ganze Gebäudesanierungen schon gute Beispiele. Herr Fluhrer, Sie haben ja im letzten Bauausschuss in der öffentlichen Sitzung das Beispiel von der Augustenburg-Schule in Grötzingen als Beispiel vorgestellt, natürlich ein etwas kleineres Gebäude. Oder ich erinnere auch das technische Rathaus, auch da sind alle raus und das Gebäude ist komplett saniert worden.

Wir haben ja auch sehr viel Spezialimmobilien. Ich denke hier an das Rathaus oder an die Euro-pahalle oder jetzt in Zukunft an das Prinz-Max-Palais. Ich sehe größere Schwierigkeiten, wenn Denkmalschutz, Brandschutz, IT-Technik und alles zusammenkommt und man gleich Projekte schnürt. Ich sage jetzt nicht Stadthalle, wo natürlich deutlich zig Millionen reingehen und dann dies in der Haushaltsdiskussion wieder da und dort in Teile zerlegt werden muss.

Sicherlich und da stimme ich meinem Kollegen Cremer zu, wenn man sieht, dass diese ganzen Tranchen bis 2050 ausgestreckt sind, ist das natürlich schon eine Mordsaufgabe und gerade Klimaschutz und Ähnliches ist natürlich dringender. Ich sehe jetzt hier vor allen Dingen auch den Brandschutz und wenn ich da bei manchen Gebäuden diese Metalltürme davor sehe, weiß ich, wie schnell man zwar Lösungen macht, aber natürlich das Gebäude so nicht da ist.

Letztlich ist die Investitionssumme tatsächlich erheblich. Auch erhebliches Personal wird man dafür brauchen. Aber es bleibt sicherlich nichts anderes übrig, als in solche Erneuerungen unse-res Gebäudestands zu gehen. Skeptisch bin ich bei Ihrer Standardisierung, Typisierung. Wir hat-ten ja im Gemeinderat erst auch mal vier Dreifeld-Sporthallen geplant in einer Baureihe hinter-einander zu machen. Auch das hat sich dann nicht bewährt. Letztendlich, wenn eine Toiletten-sanierung ansteht, wird die auch sofort gemacht werden müssen, weil die Eltern so viel Druck machen in Schulen. Wir werden sicherlich eine Bilanz aus Gesamtsanierung und Teilsanierung weiterhin machen, aber wir müssen für unsere Gebäude tatsächlich den Investitionsstau auflö-sen. In der Hinsicht stimmt die SPD der Vorlage zu.

Stadtrat Høyem (FDP): Ja, das ist ganz bestimmt eine sehr präventive Vorlage, die wir hier ha-ben und eine Arbeit im Hochbauamt und anderer Stelle, die man wirklich schätzen muss. Eine sehr große Arbeit. Es sind Langzeitperspektiven und die brauchen wir, damit wir nicht von Tag zu Tag nur handeln. Das sind enorme Investitionen. Man ist ganz schockiert, wenn man sieht, über was wir eigentlich hier sprechen. Aber, das ist ein Grundsatzbeschluss und das bedeutet, dass jede Maßnahme dann wieder hierher in den Gemeinderat kommt. Und ich habe das auch gesagt, wenn wir die großen, großen Pläne für Klimaschutz diskutiert haben. Das ist sehr gut mit einer Langzeitperspektive und es ist sehr gut, dass es präventiv ist. Aber wenn dann die Entscheidungen getroffen werden, dann haben wir hier eine Perspektive und wir sehen den individuellen Handlungsbedarf und die individuelle Zeit, in dieser Perspektive. Deshalb ist es, finde ich, sehr gut, dass man so ganzheitlich gedacht hat. Und klar, es ist eigentlich auch selbst-verständlich, dass es ein bisschen peinlich ist, dass die GRÜNEN immer sagen, das Klima muss selbstverständlich in Sanierungen und Neubau eingedacht werden. Das sagt jede individuelle Person. Egal, ob er grün oder was er ist. Das wäre ja blöd, das nicht zu tun. Klimaschutz ist ein Teil einer modernen Technologie, selbstverständlich.

Wir begrüßen diese Vorlage. Wir sind sehr zufrieden mit dieser Arbeit. Wir sehen das als ein nützliches Instrument. Ich muss erzählen, dass gestern Abend meine Fraktion ein bisschen über mich gelächelt hat, weil ich ein Wort benutzt habe für dieses große präventive Werk. Ich habe gesagt, das ist eigentlich so ein Handzettel, den wir für die Zukunft benutzen können. Und das

hat ein bisschen Lächeln gebracht. Aber so meine ich das eigentlich. Das ist präventiv. Das ist gut gemacht. Das ist eine Perspektive. Das ist ganzheitlich, aber auch ein Handzettel, den wir in der Zukunft benutzen können.

Stadtrat Haug (KAL/Die PARTEI): Bei dem hier zu treffenden Grundsatzbeschluss wird das Programm zur Modernisierung des Gebäudestandes der Stadt der nächsten Jahre umrissen, und die vor uns liegende Aufgabe ist gewaltig. Und es ist notwendig, diese strukturiert anzugehen.

Zum einen gilt es, den Investitionsstau abzarbeiten und zum anderen ist die Sanierung des Gebäudestandes, Sie sagten es, Herr Fluhrer, der Hebel die Ziele des städtischen Klimakonzeptes zu erreichen. Wir fassen diesen Beschluss gerne. Das Papier ist gut und es stellt im Grunde eine Arbeitsbeschreibung für die damit befassten Mitarbeiter und der HGW dar.

Eine kleine Anmerkung oder einen Gedanken, möchte ich noch anfügen. Das vorliegende Papier denkt vom Gebäude aus. Wir regen an, bei der Erarbeitung der Datierungsschritte den Blick zu weiten und vom Bedarf aus zu denken. Und zwar dahingehend, dass ich z. B. in einem Stadtteil den Sollnutzungsbedarf, die Flächenbedarfe beispielsweise für Schule ermittle und dann einen Abgleich mit den Ist-Standorten mache nach Bedarf und Flächen. Beispielsweise die Frage, gibt es dort überhaupt eine Immobilie im Bestand? Wenn ja, ist der Flächenbedarf in etwa passend? Wenn ja, sind weitere Anforderungen in etwa passend. Und nachfolgend wäre dann, so haben wir das Konzept verstanden, die Substanz aufgenommen und gemäß der von Ihnen vorgeschriebenen Vorgehensweise weiter zu verfahren.

Wichtig ist, bei dem Prozess ganzheitlich zu denken. Sie sagten es auch. Und wir denken vorausschauend daran, auch wenn wir es in Tranchen aufteilen, ein Flächen- und Personalmanagement einzubeziehen, um dann auch sicherzustellen, dass wir ausreichend und qualifiziertes Personal haben.

Wir danken für die Vorlage. Sie ist klasse und wir fassen den Beschluss heute gerne.

Stadtrat Schnell (AfD): Die Vorlage enthält viele grundsätzlich richtige und wichtige Dinge. Angefangen von der langfristigen Strategie hinsichtlich Erhaltung, Verlagerung oder Aufgabe von Standorten sowie die grundlegende statt häppchenweiser Modernisierung von Gebäuden bis hin zu einem kontinuierlichen Modernisierungszyklus von 40 Jahren statt weiterer Ausweitung des bislang bestehenden Investitionsstaus.

Das alles kostet viel Geld. Und weil wir das im Grunde nicht haben, ist es kontraproduktiv diese Sanierungen unnötigerweise maßgeblich zu verteuern, nur um das goldene Kalb Klimaschutz tanzen zu können - das haben wir gerade erst gehört - und deshalb die CO²-Einsparung an die erste Stelle der Abarbeitungskriterien zu setzen, also noch vor das Kriterium einer Reduktion der laufenden Kosten im Ergebnishaushalt.

Sie wissen es ganz genau, mit den sogenannten Klimaschutzmaßnahmen wuppen Sie hinsichtlich der Rettung des Weltklimas überhaupt nichts. Null, niente, nada. Wenn wir die heutigen 39 Milliarden Tonnen CO²-Emissionen weltweit pro Jahr mit 3,90 m Raumhöhe gleichsetzen, sind wir in etwa bei der Windrose da links, und China und Indien werden dafür sorgen, dass bis 2030 wir bei der Ausfahrt des Rheinhafens angekommen sein werden.

Deutschlands Beitrag dazu ist in etwa die schwarze Fußbodenleiste da unten und was Karlsruhe davon ausmacht, ist noch weniger als etwas Schmutz unterm Fingernagel. Gerade mal 0,3 mm. Und erliegen Sie nicht der Illusion, Maßnahmen wie z. B. Photovoltaikdächer würden sich rechnen. Zum einen geht das nur mit massiver Förderung durch Land und Bund, jedoch, darauf hat Herr Honné von den GRÜNEN dankenswerterweise in unserer letzten Sitzung bei einem etwas anderem Thema hingewiesen, sind letztendlich auch das Geld des Steuerzahlers, das er nicht zuletzt in Form der zum 01.01. eingeführten CO²-Steuer abdrücken muss. Und zum anderen dauert es trotz solcher Förderungen Jahrzehnte, bis zur vermeintlichen Amortisation.

Die sogenannten Klimaschutzmaßnahmen machen angeblich nur 15 Prozent der Sanierungskosten aus. Das als Minuswert bedeutet, bei gleichem Mittelabfluss pro Jahr, könnten wir fast fünf Jahre schneller dieses gewaltige Projekt zu Ende bringen, wenn wir darauf verzichten. Deshalb, trotz etlicher guten darin enthaltenen Ansätze, dieser Beschlussvorlage zur nachhaltigen Sanierung städtischer Gebäude können wir wegen ihrer einseitigen Fokussierung auf den Fetisch Klimaschutz nicht vollends zustimmen.

Stadträtin Göttel (DIE LINKE.): Ich bin dann doch immer überrascht, wo auf der Klimawandel-Leugner-Skala Sie immer pro Tag anzusiedeln sind, zwischen Klimamaßnahmen bringen nichts und Klimawandel gibt es gar nicht. Das finde ich immer spannend. Genau. Und dann wollte ich noch sagen, es ist natürlich klar. Also, wenn man aus dem Fenster heizt, dann heizt man Geld und CO² gleich mit raus. Das sollte man eben da auch bei bedenken. Und wir als Gemeinderatsfraktion DIE LINKE befürworten den vorgelegten Grundsatzbeschluss überaus, weil eine nachhaltige Sanierung hier auch multiple Bedeutungsebenen des Begriffes Nachhaltigkeit beinhaltet. Sie sind doch sonst immer so ein großer Experte der deutschen Sprache.

Natürlich muss man hier, insbesondere, wenn es um Nachhaltigkeit geht, auch die klimaneutrale Verwaltung sehen und da haben wir natürlich nicht besonders viel Zeit, wenn wir die Klimakrise sehen und wenn wir sehen, wie wichtig, das haben Sie ja auch angesprochen, dieser Beitrag der Gebäudesanierung zu einer klimaneutralen Verwaltung ist. Und in Gesamtdeutschland ist der Gebäudestand ein großes Problem und da können wir als Verwaltung nicht die Privaten auffordern, das zu ändern, wenn wir das selber nicht in den Griff bekommen. Das ist die eine Ebene. Und auch unsere Strategie muss sich natürlich daran messen. Aber Nachhaltigkeit bedeutet eben auch, dass man dem Problem dieses Sanierungsstaus der öffentlichen Gebäude endlich grundsätzlich begegnet und eben nicht mehr nur auf akute Mängel reagiert, weil man damit ja auch Geld spart. Den Sanierungsstau abzarbeiten bedeutet ja auch Nachhaltigkeit im Sinne einer soliden Haushaltsführung. Denn, es bedeutet auch, Verantwortung zu übernehmen gegenüber kommenden Generationen. Auch hier im Haus und natürlich, ja, eine Verantwortung natürlich auch im Klimaschutz. Das ist ja auch wieder Generationenverantwortung.

Eben dort hinterher zu sein, lohnt sich nicht nur mit Blick auf die Zukunft, sondern natürlich auch auf die Situation heute. Da sind Stichworte wie digitaler Unterricht in Schulen, natürlich auch angenehme Raumtemperaturen in den heißen Sommern und natürlich auch Inklusion und Barrierefreiheit ganz große Punkte. Wenn ich daran denke, dass ich an meiner alten Schule nicht mehr hätte hingehen können, wenn ich, z. B. nach einem Verkehrsunfall im Rollstuhl sitzen müsste. Das hat mich damals schon als Schülerin sehr erschreckt. Und es ist natürlich sicherlich eine ganz große Aufgabe, aber wir müssen die angehen. Das ist einfach außer Frage. Und ich freue mich auch über die folgenden Abarbeitungs- und Ausarbeitungskonzepte und natürlich auch die Diskussion. Denn wir haben natürlich ganz viele Fragen, die noch dabei sind.

Also mit den Bauprovisorien, mit den Raumbedarfen und natürlich der CO²-Emission. Als Fraktion werden wir diesen Prozess natürlich gespannt begleiten. Für uns steht fest, vermeidbare Großprojekte, etwa am Ettlinger Tor, sollten angesichts dieser viel wichtigeren Aufgabe gar nicht mehr zur Debatte stehen.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR): Wir machen hier keine Weltpolitik, möchte ich noch mal kurz dran erinnern. Wir bringen unser Haus hier in Ordnung und wir machen das, was vor Ort richtig ist.

Was wir gemerkt haben, wir haben unsere städtischen Gebäude nicht in Ordnung gekriegt. Das heißt, wir müssen hier strukturierter vorgehen und das ist mit diesem Entwurf jetzt vorgelegt. Damit sind wir sehr einverstanden. Flickschusterei ist immer teurer im Endeffekt. Deswegen, das so anzugehen ist richtig, das kann man nur begrüßen. Die Argumente sind getauscht.

Eins noch, ich habe dieses Konzept einem Kollegen aus Rheinland-Pfalz vorgestellt, aus Mainz. Und der hat dann gesagt, ja liebe Zeit, fangt ihr jetzt erst damit an? 15 Jahre machen wir das schon. Das fand ich so ein bisschen schade. Ich dachte, wir wären da richtig vorne dran, aber nicht überall sind wir so innovativ. Aber ich finde es gut, dass wir jetzt dabei sind.

Der Vorsitzende: Das löst natürlich den Widerspruch aus, dass ich darauf hinweise, dass wir bisher bei Einzelsanierungen natürlich auch schon umfassend die Dinge betrachtet und ganzheitlich angegangen sind. Wenn ich sehe, was wir allein an der Hertzschule jetzt gemacht haben. Das habe ich deswegen besonders gut in Erinnerung, weil ich mir das neulich mal angeguckt habe. Dann, lieber Herr Stadtrat Kalmbach, können Sie den Mainzer Kollegen sagen, es ist jetzt noch mal etwas strukturierter und strategischer aufgegleist, aber es ist absolut nichts Neues. Aber wir brauchen vor allem diese Abstimmung mit Ihnen nach Prioritätensetzungen und nach dieser Clusterung in verschiedene Episoden, damit wir dann auch eine gewisse Selbstbindung herstellen. Denn Sie wissen ja, bei nachlassenden Finanzierungsmöglichkeiten, dass dann am Ende der Kampf auch politisch losgeht. Schule gegen Sporthalle, Sporthalle gegen Schwimmbad, Schwimmbad gegen Verwaltungsgebäude und, und, und.

Ich würde Sie auch dringend einladen, dass wir nicht immer von einem riesen Sanierungsstau und irgendwelchen vernachlässigten Gebäuden reden. Sondern wir haben hier Gebäude, die jetzt einfach in die Jahre gekommen sind. Da hätte vor 15 Jahren eine Sanierung noch keinen Sinn gemacht. Aber jetzt ist es halt soweit und dummerweise haben wir gerade sehr viele Gebäude, weil die alle aus diesen Jahren kommen und dummerweise haben diese Gebäude zum Teil eben nicht die Qualitäten, die wir heute brauchen. Das fängt bei den Schadstoffen an, die drin sind und bei vielen Gestaltungsmöglichkeiten, die eben gar nicht vorgesehen waren. Frau Göttel hat ja auf eines dieser Themen auch aufmerksam gemacht. Wobei ich kenne aus einer etwas älteren Generation, Frau Göttel, immer wieder die Situation, dass einzelne Schülerinnen und Schüler verunfallt sind und dann mit dem Rollstuhl in die Schule kamen und man hat in jeder Schule immer einen Weg gefunden. Also, das war dann manchmal sehr handgestrickt, aber mir ist kein einziger Fall bekannt, wo das nicht ging. Ich hatte mehrere Schülerinnen und Schüler auch in den jeweiligen Jahrgangsstufen, die ich besucht habe, wo man dann immer eine Lösung gefunden hat, Gott sei Dank. Aber Sie haben natürlich recht, es ist ursprünglich in den Gebäuden meistens nicht vorgesehen gewesen.

Stadtrat Schnell (AfD): Ja, ich wollte nur kurz diesen Vorwurf, wir würden den Klimawandel leugnen, aufs Heftigste widersprechen. Das tun wir mitnichten. Aber ich möchte in diesem Kontext an die Worte von Herrn Dr. Cremer erinnern, der hier im Gemeinderat gesagt hat, Klimaschutz ist wie Deichbau und man kann nicht einfach an einer Stelle niedriger bauen, dann nützt der ganze Deich nichts.

Und das, was wir hier eben in Ländern erleben, die bis 2030 ihren CO²-Ausstoß grenzenlos steigern dürfen, das ist genau dieser niedrigere Deich. Und wenn wir hier höher bauen, haben wir eben keinen Klimaschutzeffekt.

Der Vorsitzende: Ja, ich glaube, wir haben es irgendwie verstanden. Es gibt zwar Klimawandel, aber die Chinesen sollen es richten, ist dafür vielleicht die Zusammenfassung. Wir können das natürlich jetzt, wir können das jeden Monat noch mal hier durchdiskutieren. Ich würde insgesamt das Haus bitten, dass wir vielleicht irgendwann mal einen Schritt weiterkommen, aber ich fürchte, das ist eine Bitte ins Leere.

So, jetzt kommen wir hier zum Beschluss und ich bitte Sie um Ihr Votum - das ist eine sehr große Mehrheit. Herr Bürgermeister Fluhrer, an Sie vor allem auch die Bitte, den Dank insgesamt an HGW und alle anderen Beteiligten hier weiterzureichen und uns immer wieder dran zu erinnern, was wir jetzt hier mal im Grundsatz beschlossen haben.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
15. Februar 2021